

Bern, 29. November 2018

«Anrede_1»
«Vorname» «Name»
«Adresse»
«PLZ» «Ort»

Verantwortung für den Klimaschutz übernehmen

«Anrede_2»,

erlauben Sie, dass wir uns im Vorfeld der Beratungen zur Totalrevision des CO₂-Gesetzes an Sie wenden. Die Kirchen sind sehr besorgt angesichts der weltweiten Klimaerwärmung, die gravierende Folgen für Mensch und Natur haben wird, wenn sie ungebremst weitergeht. Dies gilt für viele Länder des Südens, aber auch für die Schweiz, ganz besonders für die Bergregionen, in denen starke Veränderungen des Landschaftsgefüges mit negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen zu erwarten sind.

Vor diesem Hintergrund haben sich kirchliche Institutionen in unterschiedlicher Art zu Wort gemeldet: So etwa die Kirchenleitungen in einem Brief an den Bundesrat im Vorfeld der Klimakonferenz in Katowice (siehe Beilage) oder im Jahr 2017 mit der von vielen kirchlichen Institutionen mitgetragenen Empfehlung, die Energiestrategie 2050 des Bundes anzunehmen.

Mit dem Klimaschutzabkommen von Paris hat sich die internationale Gemeinschaft zum Wohle der heutigen und künftiger Generationen dazu bekannt, den Klimawandel einzudämmen und die Erderwärmung auf 1.5-2 Grad zu begrenzen. Dies ist nur mit einer konsequenten Klimapolitik aller Länder erreichbar.

In dieser Session behandeln Sie im Nationalrat mit der Totalrevision des CO₂-Gesetzes über den Beitrag der Schweiz zu diesen weltweiten Anstrengungen. Gerne bitten wir Sie, sich im Rahmen der parlamentarischen Beratung dafür einzusetzen, dass die Schweiz ihren gerechten Anteil an diesen Anstrengungen unternimmt.

Ihre besondere Aufmerksamkeit möchten wir auf folgende Punkte lenken:

Bekräftigung des Abkommens von Paris

Bedauerlicherweise nimmt der Vorschlag des Bundesrates unter dem Zweckartikel nicht Bezug auf die Zielsetzung des Pariser Abkommens, sondern übernimmt ihn unverändert aus dem bestehenden CO₂-Gesetz. Damit werden die internationale Verpflichtung der Schweiz und die Stossrichtung der künftigen Anstrengungen zum Klimaschutz nicht im Gesetz verankert.

- Mit dem Minderheitsvorschlag Müller-Altarmatt zu Art. 1 kann dies angepasst werden.

Zielsetzung für CO₂-Reduktionen in der Schweiz

Mit Sorge haben wir zu Kenntnis genommen, dass die Vorlage des Bundesrates vorsieht, dass in den nächsten 10 Jahre weniger CO₂ reduziert werden soll als dies heute der Fall ist: Der Bundesrat schlägt vor, dass vom Schweizer Gesamtziels von -50% mindestens 60% im Inland erreicht werden sollen. Damit

würde das Gesamtziel aufgeteilt in 30% Inlandreduktionen und 20% Auslandreduktionen, wobei rund zwei Drittel der Inlandreduktionen bis 2020 bereits erreicht sein werden. Für die Zeit von 2020 bis 2030 bleiben also lediglich noch -10% Inlandreduktionen. Damit wird die Schweiz ihrer Verantwortung und der Zielsetzung des Paris-Abkommens nicht gerecht.

Wir bitten Sie daher, sich für ein Inlandziel einzusetzen, das den Möglichkeiten der Schweiz entspricht. So kann sichergestellt werden, dass wir auch künftig einen angemessenen Anteil an Reduktionen bei uns in der Schweiz leisten.

- Die Minderheit Müller-Altermatt zu Art. 3 Abs.2 stellt sicher, dass die Schweiz jährlich zumindest die gleichen Emissionsreduktionen im Inland anstrebt wie bisher.

Solidarität mit den besonders stark betroffenen Ländern

Die Folgen des Klimawandels werden immer deutlicher spürbar, sei es hier in der Schweiz oder in anderen Ländern. Oft sind gerade die Ärmsten dieser Welt besonders stark davon betroffen, obschon sie selbst am wenigstens zur Erderwärmung beitragen und beigetragen haben. Hier ist unsere Solidarität und unser Verantwortungsgefühl gefragt bei Massnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels als auch bei Massnahmen für den Klimaschutz in diesen Ländern.


- Die Minderheit Girod bei Art. 42 schlägt vor, dass die Erträge aus Sanktionen für ebensolche Massnahmen verwendet werden und trägt dazu bei, dass die dringend notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Unser Land hat die Mittel zu einer langfristig nachhaltigen und gerechten Klimapolitik. Wir wünschen Ihnen den Mut, diese günstige Ausgangslage für eine konsequente Klimapolitik zu nutzen und bei der Revision des CO₂-Gesetzes die Verantwortung gegenüber künftigen Generationen stark zu gewichten.

Mit freundlichen Grüssen



Vroni Peterhans-Suter
Präsidentin
oeku Kirche und Umwelt



Simone Currau-Aepli
Präsidentin
Schweizerischer Katholischer Frauenbund